

Dieter Spethmann¹

Deutschlands Schulden und der Euro

Oder: Warum dem Koalitionsvertrag die Geschäftsgrundlage fehlt

Stand² 16. November 2005

Deutschlands Schulden³ sind in aller Munde.

Hessens Ministerpräsident Koch, der für CDU/CSU die Arbeitsgruppe Haushalt und Finanzen der Groß-Koalitionäre leitet, spricht⁴ von einer historisch-dramatischen Eröffnungsbilanz, die zugleich die Schlußbilanz der rot-grünen Regierung sei. Union und SPD sprechen⁵ übereinstimmend von „dramatischer Finanzlage.“ SPD-Müntefering: „Wir müssen einen Finanzpakt haben für das ganze Land.“ Die CDU-

¹ www.europethmann.de

² Änderung: Fiskalisches Defizit und Leistungsbilanzüberschuss müssen in wirtschaftlichem und politischem Zusammenhang gesehen werden.

³ Deutschland hatte Ende 1982 öffentliche Schulden von rd 600 Milliarden DMark, rd 300 Milliarden Euro. 16 Jahre später, Ende 1998, am Vorabend der Euro-Einführung, war dieser Schuldenberg bereits viermal so hoch: rd 1.200 Milliarden Euro. Zwischen 1982 und 1998 ist also etwas aus dem Ruder gelaufen, von dem wir uns zumindest nachträglich klarmachen müssen, was es eigentlich war: Ein Schuldenwachstum über 16 Jahre hinweg von täglich rd 300.000.000 DMark oder 150.000.000 Euro – ein Vorgang, wie es ihn in Deutschland bis dahin nur in den Inflationsphasen vor den Währungsreformen des Juni 1948 und des November 1923 gegeben hatte. Zwischen 1998 und 2005 lag dieser tägliche Zuwachs übrigens „nur“ bei € 117.000.000, also um etwa € 30.000.000 niedriger als in den 16 Jahren vorher.

Da wir aber unsere existente öffentliche Verschuldung, inzwischen auf rd 1.500 Milliarden Euro angewachsen, ohne Währungsreform bewältigen wollen, müssen wir uns vorrangig um die Bremsung weiteren Schuldenanstiegs bemühen und hierbei Erfolg haben. Ob der Koalitionsvertrag hierzu beiträgt, bleibt abzuwarten.

Die Wiedervereinigung habe ich bei dieser Betrachtung keineswegs übersehen. Hätte man sie, wie von mir und dem BDI seit Mittwoch, dem 8. November 1989, monatelang öffentlich empfohlen, mit modernen Arbeitsplätzen für die DDR begonnen, hätte sie ein wirtschaftlicher Erfolg werden können. So aber mehrte sie unsere Schulden.

⁴ DIE WELT vom 25. Oktober 2005

⁵ DIE WELT und FAZ vom 25. Oktober 2005

Vorsitzende Merkel spricht gar von der⁶ „Größten Sanierung in der Geschichte Deutschlands.“

Die Formulierung von Frau Merkel lässt die Währungsreformen von 1923 und 1948 außer Ansatz. Bezieht man diese hingegen in die Betrachtung ein, zeigt sich, dass das anstehende Problem in der Tat immer noch die drittgrößte Sanierung Deutschlands in der jüngeren Geschichte ist. Denn der tägliche Schuldenzuwachs in den 16 Regierungsjahren Kohl lag bei DM 300.000.000 = € 150.000.000, und so was deutet durchaus in die Richtung, dass eine Regierung ihrer Sinne nicht mehr Herr ist – trotz des zweiten Bandes seiner Mémoires, den Herr Kohl seit einigen Tagen der deutschen Öffentlichkeit zumutet. Daß der tägliche Schuldenzuwachs in den sieben Jahren Rot-Grün um € 30.000.000 niedriger war als in der Aera Kohl, ist kein Trost.

Ausgaben und Einnahmen also des Staates und seiner Umverteilungssysteme ziehen das politische Handeln der Großkoalitionäre auf sich. Gut und richtig. So oder so – Bürger und Unternehmen müssen sich auf harte und härteste Einschnitt einstellen, und das über Jahre hinweg. Ob das ohne politische Radikalisierung abgehen wird, nachdem die PDS im Deutschen Bundestag schon hoffähig geworden ist und Fraktionsstärke erreicht hat, erwähne ich als Frage, ohne sie zu vertiefen.

Was mir aber auffällt: Die Frage, wie Deutschland zu mehr Wirtschaftswachstum zurückfindet, hat den ihr gebührenden Spitzenplatz in der politischen Agenda offenbar verloren. Vom „Ende der Träumereien“ titelt Klaus Dieter Frankenberger in der FAZ vom 9. November im Hinblick auf den aktuellen Stand der Koalitionsgespräche. Und Roger Köppel in der WELT vom selben Datum: „Man muß es deutlich sagen: Deutschland steht vor einer Enteignungswelle mit absehbaren Folgen. Noch keine Wirtschaft der Welt wurde durch Steuererhöhungen nachhaltig angekurbelt, kein echter Arbeitsplatz entsteht durch Subvention und Umverteilung. Besonders auffällig ist die Kraftlosigkeit der Bürgerlichen, die ihre in den Koalitionsverhandlungen davonschwimmenden Felle auch noch zustimmend kommentieren. Roland Koch nimmt die linke "Reichensteuer" hin, wenn er im Gegenzug die

⁶ FAZ vom 25. Oktober 2005

Mehrwertsteuer steigern darf. Angela Merkel moderiert auf ihrem Gang ins Kanzleramt die letzten liberalen Kernanliegen weg.“ Medienberichten⁷ zufolge erwägen SPD und Union sogar, die deutschen Goldreserven anzutasten. So wollen sie das geplante 25-Milliarden-Euro Programm finanzieren, das die Wirtschaft ankurbelt: Verschleuderung von Währungsgold, um die Unfähigkeit zu politischem Handeln zu überspielen. Dabei haben sie vergessen: Niedrige Zinsen, die die Wirtschaft zur Kostensenkung braucht, setzen hohe Notenbankreserven voraus.

Das nur noch rd 1% pa betragende reale Wirtschaftswachstum, auf das Deutschland seit einigen Jahren zurückgeglitten ist, wird als scheinbar unabänderlich hingenommen. Warum eigentlich? Schließlich würde die Rückkehr Deutschlands zum Wachstum die größte finanzielle Erleichterung überhaupt bringen, und rund um die Eurozone herum wächst es doch ganz beachtlich: Der Welthandel mit rd 7%, das Welt-BIP mit rd 5%, dasjenige der USA mit rd 4% usw, wir aber nur mit rd 1%. Warum unser Schweigen?

Das politische Berlin scheut offenbar vor der Frage, ob ein Zusammenhang zwischen Deutschlands Finanzmisere und Deutschlands Zugehörigkeit zum Eurosystem bestehen könnte.

Diese Unterlassung halte ich für einen Fehler. Denn wichtigster Grund unserer Misere ist aus meiner Sicht, dass uns das Wirtschaftswachstum seit Beginn des Eurosystems weitgehend abhanden gekommen ist. Bis dahin hatten wir im Durchschnitt von 50 DMark-Jahre ein jährliches Wirtschaftswachstum von rd 2,5% real gehabt. Seit Beginn des Euro aber haben wir nur noch die genannten rd 1%.

Betrachten wir, um uns ein klares Bild zu verschaffen, zunächst die Frühzeit der Bonner Republik, ab 1949, gleich nach Einführung der DMark (Juni 1948). Ich habe ab 1952 am Londoner Schuldenabkommen mitgearbeitet, dem „Friedensvertrag“ für Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Es wurde im Festkurssystem von Bretton Woods abgeschlossen und abgewickelt, das seinerseits an einen Goldpreis von \$ 35 pro Feinunze geknüpft war. Deutschland wuchs und wuchs damals, das ergab der Wiederaufbau des kriegszerstörten Landes, und

⁷ SPIEGEL vom 12. November 2005

die Weltwirtschaft wuchs auch – das ergaben die Zeitumstände. Das Festkurssystem von Bretton Woods konnte über mehr als zwei Jahrzehnte hinweg seine Zwecke durchaus erfüllen. Jeder Teilnehmer behielt seine eigene Währung. Die Interessen der Teilnehmer liefen überwiegend parallel. Wo nicht, war Kursanpassung möglich. Wer fleißig war, kam auf seine Kosten. Die Weltwirtschaft nach 1945 war eine Wirtschaft allgemeinen Wachstums.

1973 wurde ich Chef von Thyssen. Zur selben Zeit ging Bretton Woods zu Ende. Der USDollar war über die Jahre zu teuer geworden, der japanische Yen und die DMark zu billig. Thyssen musste in meiner Amtszeit (bis März 1991) ausschließlich mit flexiblen Wechselkursen leben. Thyssen erhöhte in dieser Zeit die Zahl seiner Arbeitsplätze von 92.000 auf 152.000 und investierte in Sachanlagen, Beteiligungen, Kreditrückzahlungen und Rücklagenbildung rd 26 Milliarden DM. Es bat um keine öffentliche Hilfe. Wer sich also ein Bild vom Überleben eines deutschen Unternehmens im Regime flexibler Wechselkurse machen will, studiere die Jahresabschlüsse Thyssen 1985 – 1990.

Auf Staatsebene ist dieselbe Beobachtung zu machen. Wer sich ein Bild vom Abschneiden der Bundesrepublik Deutschland im System flexibler Wechselkurse machen will, studiere die Jahreswirtschaftsberichte der Bundesregierung für die achtziger Jahre. Sie reflektieren einen Anstieg der Arbeitsplätze in der Bonner Republik von rd 27 Millionen Ende 1985 auf mehr als 29 Millionen Ende 1990. Deutschland war bis dahin eindeutig Gewinner im System flexibler Wechselkurse. Wir Deutschen dürfen also mit Stolz von uns sagen, dass wir jede der beiden vorigen Währungsphasen, das Festkurssystem von Bretton Woods und das System der flexiblen Währungskurse, bis zur Wiedervereinigung bravourös gemeistert und jede der beiden Phasen zum Wohle der Menschen genutzt haben. Denn das ist die einzige Aufgabe der Politik: Dem Wohl der Menschen zu dienen.

Nochmals: Unser BIP pro Kopf lag 1989 in der Spitze der EG. Ende 1989 lag Deutschland in dieser Leistungszahl um 3 % über Luxemburg, 12 % über Frankreich, 27 % über Italien, 30 % über Großbritannien. In der Wohlstandstabelle der OECD (zu gewichteten Preisen) lag es damals fast 30 % über dem Durchschnitt der damaligen EG, nur

Dänemark vor sich. Seither aber ist Deutschland zurückgefallen, und zwar immer weiter. Die Struktur hat sich umgekehrt. Vor Deutschland liegt in der heutigen OECD-Tabelle Luxemburg mit einem um 90 % höheren BIP pro Kopf, Norwegen mit +40 %, die USA mit +34 %, Irland mit +14 %, die Schweiz mit +13 %, Dänemark und die Niederlande mit je +11 %, Island und Kanada mit je +10 %, Österreich mit +7 %, Belgien mit +6 %. Sogar Frankreich und Großbritannien liegen jetzt vor Deutschland. Dasselbe gilt für Italien.

Warum ist das so gekommen?

1990/91 ereigneten sich zwei tektonische Veränderungen der deutschen Politik, die Wiedervereinigung und der Maastricht-Vertrag. Erstere wurde mit einer fundamentalen monetären Fehlentscheidung eingeleitet, der 1:1 Umstellung aller Löhne und Gehälter in der DDR auf DMark. Denn damit wurden die Betriebe in der DDR serienweise zur Pleite verurteilt, weil sie das dazu nötige Geld mit ihrer niedrigen Produktivität nicht hereinverdienen konnten. Auch der Maastricht-Vertrag, mit dem kurz danach die Abschaffung der DMark festgeschrieben wurde, war nach meiner Ansicht für Deutschland eine fundamentale monetäre Fehlentscheidung. Im einzelnen:

Seit Einführung des Euro hat sich das Wirtschaftswachstum der Eurozone, insbesondere aber Deutschlands, von der sehr viel besseren Entwicklung der Weltwirtschaft abgekoppelt. Nochmals: Der Welt-handel wächst mit 7% pa, das Welt-BIP mit 5, das USA-BIP mit 4, das BIP der Eurozone nur mit 2, das deutsche, das in den 50 DMark-Jahren noch mit 2,5 gewachsen war, seit Beginn des Euro nur noch mit 1. Erst in diesen Tagen haben Wirtschaftsforschungsinstitute und Bundesregierung die deutsche Wachstumserwartung für 2006 wiederum nach unten korrigiert. Diese Zahlen bestätigen die These des canadischen Oekonomen Mario Seccareccia vom eingebauten „Deflationary Bias“ des Eurosystems. Seine Aussage:

“European economic and political integration was at the forefront of world developments throughout the second half of the twentieth century, with such important milestones as the Treaty of Rome in 1957 that gave birth to the European Economic Community (EEC). However, with the exception of the establishment of the European

Payments Union (EPU) in 1950, followed by its successor, the European Monetary Agreement, in 1958, Western European countries did not take any significant steps in the direction of greater monetary integration until after the breakdown of the Bretton Woods system of fixed exchange rates during the 1970s.

Most European institutional developments during the last quarter century since 1979 have been fashioned around the desire to integrate Western Europe into a formidable currency bloc whose intent and purpose has been not only to accelerate political integration but also to compete formally with the American dollar over seigniorage revenue arising from the latter's status as an international reserve currency. This began with the preparatory stage of establishing a currency basket under the European Monetary System (EMS) that came into force in 1979. Yet, despite some important setbacks, especially the major instabilities afflicting the European Exchange Rate Mechanism (ERM) in the early 1990s, the world finally witnessed the launching of the euro in 1999, first as a virtual currency in the eleven countries constituting the euro zone (with Greece subsequently joining in 2001), and then circulating as a bona fide common currency since 2002.

Because of this deep commitment on the part of European leaders to establish a strong international reserve currency that would inspire confidence from financial wealth holders, neo-conservative theoretical constructs were put in place by imposing a divorce between money and the state via the establishment of an independent European Central Bank (ECB) whose sole objective being the attainment of stability of a European harmonized price index. In much the same way, in the name of sound finance and to prevent money from serving supposedly too narrow national interests, the structure of the European Economic and Monetary Union (EMU) stemming from the Maastricht Treaty (1992) and the Amsterdam Stability and Growth Pact (1997) practically eliminated fiscal policy as a tool to achieve macroeconomic stabilization by imposing a myriad of restrictive fiscal policy rules on member states. The obvious consequence of these binding constraints on the conduct of macroeconomic policy in the euro zone has been to create a quasi-permanent state of austerity with

little regard for the long-term problems of low growth and the ensuing mass unemployment engendered by this constraining policy structure. It may be argued, therefore, that the creation of EMU has imparted a deflationary bias not only on the European continent but, by implication, also on the world economy.

The five contributions to this special issue of the International Journal of Political Economy on the European Economic and Monetary Union critically analyze this peculiar institutional structure that was set up over the last decade, discuss the nature of these constraints facing policy makers, and describe its significance to European economy and society. We wish to thank such a distinguished group of political economists for offering their critical insights so as to better our understanding of the role of the EMU in the world economy.”

Facit Seccareccia⁸: Die Euro-Zone und insbesondere Deutschland fallen immer weiter zurück, weil im Eurosystem mit seinen vielen Zwängen eine eingebaute Schiefelage besteht.

In absoluten Zahlen sieht das noch viel schlimmer aus: Deutschland, im BIP pro Kopf und Jahr 1989 noch an der Spitze der EG, liegt heute unter dem Durchschnitt der EU15, hat nur noch rd \$ 25.000. Die USA liegen bei rd \$ 36.000, die Schweiz und Norwegen ganz in deren Nähe – keines dieser Länder in der EU, jedes mit eigener Währung. Und die Schere im BIP pro Kopf und Jahr öffnet sich von Jahr zu Jahr weiter zu unseren Lasten: Die deutschen Einbussen an Wirtschaftswachstum beliefen sich allein in den Jahren 1999 – 2004 auf >170 Mrd Euro.⁹

Primäre Ursache dieser Entwicklung ist nach meiner Ansicht – ich stimme mit Seccareccia überein – der Euro: Ein politisch herbeige-

⁸ International Journal of Political Economy, 34/2, Verlag M.E.Sharpe, New York

⁹ Frau Merkel sprach anlässlich der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages zwar davon, Deutschlands Wirtschaftsleistung innerhalb von zehn Jahren in die europäische Spitzengruppe zurückbringen zu wollen. Angesichts des Rückstands aber, in den Deutschland seit 1989 abgeglitten ist, würde das ab 2006 die doppelte jährliche Wachstumsrate gegenüber der heutigen europäischen Spitzengruppe erfordern – eine utopische Vorstellung, leider.

führtes Festkurssystem, das weder eine innere Logik noch in der Währungsgeschichte ein Vorbild hat. Ich sehe die deutschen Staatsfinanzen sehr viel stärker vom Euro determiniert als bisher diskutiert. Was meine ich?

Das Eurosystem ist ein System der Disproportionen. Intern, also im Verhältnis der 12 Mitgliedsstaaten zueinander, tut man so, als ob ein System fixer Wechselkurse den Mitgliedern, also ihren Leistungen und Schwächen, in der heutigen Zeit großer Divergenzen – und das ist der Unterschied zu Bretton Woods – gerecht werden könne. Genau das aber geht nicht. Denn die 12 Volkswirtschaften weisen keine dem Nominalwertprinzip entsprechende Konvergenz zueinander auf. So inflationierte Österreich schon in den ersten sechs Jahren des Euro um 2,85% höher als Deutschland, Belgien um 3,3%, Frankreich um 3,8%, die Niederlande um 7,4%, Portugal um 9,8%, Spanien um 10,7%, Griechenland um 11,2%, Irland um 14,4%. Auch die realen Wachstumsraten laufen seit dem ersten Tage auseinander. Gegenüber Deutschland hatten seit Einführung des Euro ein reales Wachstumsplus Irland mit 33,5%, Luxemburg mit 19,7%, Griechenland mit 16,3%, Spanien mit 10,6%, Finnland mit 9,7%, Frankreich mit 5,3%, Belgien mit 4,3%, Österreich mit 3,2%, Italien mit 1,9%, die Niederlande mit 1,8%, Portugal mit 1,0%. Es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen Inflation und politischer Kultur eines Landes.

Das Scheitern¹⁰ per Termin ist – davon bin ich überzeugt – diesem Festkurssystem immanent, weil es immer einen oder mehrere Teilnehmer gibt, die sich über kürzer oder länger um ihre Leistungen ganz oder teilweise betrogen fühlen. Hierüber besteht Einigkeit unter Fach-

¹⁰ Tobias Piller titelt in der FAZ vom 15. November 2005 aus Rom: „Der Euro als Prügelknabe.“ Sein Text schildert, warum Italien trotz einer jährlichen Einsparung an Zinsen auf die Staatsschuld von mindestens € 100 Milliarden nicht auf die Füße kommt: „Doch für eine deutliche Kürzung der Ausgaben gibt es auch in Italien keine Mehrheit. Im Gegenteil, Italiens öffentlich Bedienstete erhalten aus populistischen Gründen weiter überdurchschnittliche Gehaltserhöhungen. Die Ausgaben für die wenig reformierte Rente wachsen munter weiter. Schon die Drohung, den Kulturretat zu verringern, rief Proteste mit apokalyptischen Visionen auf den Plan. So fehlt Italien die politische Kraft für neue Sanierungsanstrengungen und auch die disziplinierende Kraft Europas. Und leider ist die einst fürstliche "Euro-Dividende" längst in laufenden Ausgaben verfrühstückt worden, ohne daß Italien dabei Wachstums- und Wettbewerbskraft gewonnen hätte.“

leuten, siehe das 2003 in London bei Routledge's erschienene Buch von John Chown über Währungsunionen. Deutschlands Schwierigkeiten bestehen wegen des Festkurses, Italiens Schwierigkeiten trotz des Festkurses. Flexible Wechselkurse sind eben durch kein anderes System zu ersetzen.

Dieser Befund wird auch dadurch belegt, dass der Euro keine Einheitswährung ist, sondern ein Kartell von 12 gleichnamigen Nationalwährungen, deren ausschließlich national emittierte Banknoten sich durch einen an eindeutiger Stelle angebrachten Buchstaben¹¹ voneinander unterscheiden. Diese These fühle ich dadurch gestützt, dass die EZB vor den Europäischen Gerichtshof gehen muss, wenn sie der Meinung ist, eine der 12 nationalen Notenbanken habe irgendwelche Verpflichtungen verletzt, also z.B. zuviel Geldschöpfung betrieben. Die EZB hat gegenüber den Notenbanken keine Weisungsbefugnis. Die mangelnde Weisungsbefugnis der EZB zeigt sich auch an dem in der Öffentlichkeit Wellen schlagenden Fall des italienischen Notenbankpräsidenten Fazio,¹² gegen den die EZB kein Mittel in der Hand hat.

Eine weitere Disproportion des Eurosystems sehe ich im Widerspruch zwischen dem Euro-Zinssystem und dem EU-Haftungssystem. Die Haftungsfrage ist in Art 103 des geltenden EG-Vertrages dahin geregelt, dass weder die EU noch ein Staat für einen anderen haftet. Das soll auch in Zukunft so bleiben (Entwurf des Verfassungsvertrages Artikel III-75). Das Euro-Zinssystem jedoch bewirkt etwas gänzlich anderes. Jeder Teilnehmerstaat genießt im Langfristbereich seit 1999 die deutschen Niedrigstzinsen. Damit wird eine verdeckte Entlastung von weit mehr als € 100 Milliarden pro Jahr¹³ herbeigeführt

¹¹ Belgien hat ein Z, Finnland ein L, Griechenland ein Y, Deutschland ein X, Spanien ein V, Frankreich ein U, Irland ein T, Italien ein S, Luxemburg ein R, die Niederlande ein P, Österreich ein N, Portugal ein M.

¹² Pflichtverletzungen? Untreue? Die römischen Behörden ermitteln

¹³ Tobias Piller spricht in der FAZ vom 15. November 2005 davon, dass Italien allein auf seine Staatsschuld im Jahre 2004 eine Zinsentlastung durch den Euro von € 108 Milliarden erfahren habe: „Eine Entlastung der italienischen Staatskasse um acht Prozentpunkte des Bruttoinlandsproduktes entspricht 2004 Minderausgaben von 108 Milliarden Euro.“

was die Größenordnung des offiziellen EU-Budget erreicht oder überschreitet – offensichtliche Widersprüche, aber bisher nicht thematisiert. Anders gewendet: Das damalige Niedrigstzinsland Deutschland brachte, ohne dafür eine Gegenleistung zu erhalten, die Stabilitätsmasse seiner DMark in das Euro-System ein und geriet damit in einen de-facto-Zwang, nämlich den Euro im Interesse der Gläubiger anderer Staaten kaufkraftstabil zu halten. Dies folgt aus der Tatsache, dass Deutschland seit 1961 nachweislich ständig und deutlich niedriger inflationiert als alle seine Nachbarn im heutigen Euro-System: Deutschland, geprägt durch die Hyper-Inflationen von 1923 und von 1948, hat eine gänzlich andere Stabilitätskultur als seine Nachbarn. Stabilität ist für die Deutschen offensichtlich mehr eine Frage der Kultur als des Monetarismus. Wer wollte ihnen das verübeln?

Ich hoffe, dass man nicht innerhalb des Euro-Systems daran denkt, Deutschland durch indirekten Zwang zu höherer Inflation zu führen. Dieser Gedanke könnte einem kommen, wenn man wieder und wieder von der EZB und aus anderen interessierten Quellen hört, in den USA klappe das System der sich ausgleichenden regionalen Inflationssätze doch auch. Falsch. Einen Inflationsausgleich zwischen reicheren und ärmeren Regionen kann nur ein überwölbendes Staatswesen schaffen, was die USA in der Tat sind. Das aber ist die EU gerade nicht und wird es auch nie werden, weil es ihr am Demos fehlt. Deshalb gehen alle Vergleiche der Eurozone mit den USA ins Leere. Dort hat man ein nach den Grundsätzen von Demokratie und Rechtsstaat funktionierendes Staatswesen („E pluribus unum“), hier nicht. Dort bedient man sich in *politicis et in economibus* einer einzigen Sprache, hier aber muss man im EU-Parlament „Demokratie“ mit Hilfe von Simultandolmetschern spielen. Dort reguliert der Staat zeitnah und direkt, nämlich durch Flexibilität des Steuersystems: Welcher „State“ weniger leistet, wird finanziell entlastet. Hier aber gibt es als offizielles Ausgleichssystem nur das offizielle EU-Budget, was schon an und für sich umstritten ist, siehe die laufenden Verhandlungen über die EU-Finanzierung ab 2007. Und schließlich: Dort zieht jeder Bürger laut Statistik alle sechs Jahre um („Ubi bene ibi patria“), in Deutschland wohl nur alle 20 oder so.

Die dritte Disproportion sehe ich darin, dass Deutschland heute höhere Zinsen zu tragen hat als bei einer stand-alone-Finanzierung, was man am Beispiel der Schweiz messen kann: Der Schweizer Staat finanziert sich in seiner eigenen Währung immer noch mit einem Zinssatz von rd 2% pa, die Bundesrepublik aber muss im Euro das doppelte aufwenden. Berechne ich das auf eine deutsche Staatsschuld von rd € 1.500 Milliarden, komme ich auf einen deutschen Mehraufwand gegenüber einer stand-alone-Finanzierung von rd € 30 Milliarden pro Jahr. Nehme ich den österreichischen Schlüssel¹⁴, wonach der Anteil des Staates an der Kreditfinanzierung der Volkswirtschaft rd 35% beträgt, so liegt der gesamte Mehraufwand der deutschen Volkswirtschaft in Euro im Vergleich zu einer stand-alone-Finanzierung bei rd € 86 Milliarden pro Jahr.

Die vierte Disproportion sehe ich in der Finanzierung des Außenhandels. Heute hat Italien (alles in Milliarden Dollar, Zahlen aus dem Economist) Defizite im Außenhandel und in der Leistungsbilanz von -8,8 und -28,5. Frankreich hat -27,7 und -25,9. Spanien hat -92,9 und -77,9.¹⁵ Die Eurozone hat +49,4 und +6,0 – aber nur, weil Deutschland Überschüsse hereinholt von +203,9 und +113,6. In Wirklichkeit ist also die Eurozone ohne Deutschland mit -154,5 und -107,6 defizitär. Nimmt man noch Belgien und die Niederlande hinzu, die wie Deutschland in beiden Werten positiv sind, wird das strukturelle Defizit der Eurozone noch krasser. Also: Deutschland (und mit ihm Belgien und die Niederlande) finanziert die Leistungsbilanzdefizite der Eurozone, und zwar zum Niedrigstzins.

Hinzu kämen „stille“ Kreditierungen, die sich zum Jahresende bei der Deutschen Bundesbank aus hereingenommenen, aber von den Emittenten nicht remboursierten Nicht-X-Euronoten ergäben.

¹⁴ Studie der Wiener Raiffeisen-Nationalbank: Neue Zürcher Zeitung vom 3.1.2005

¹⁵ Das spanische Leistungsbilanzdefizit beläuft sich inzwischen auf satte -6,6% des spanischen BIP und ist damit, in Prozent ausgedrückt, höher als dasjenige der USA, das zwar täglich durch die Medien geistert, aber doch „nur“ mit 6,3% des US-BIP ausgewiesen wird (Economist vom 12. November 2005).. Wo bleibt der öffentliche Aufschrei, wo die öffentliche Diskussion über diesen außerordentlichen Umstand? In der EU und in der Eurozone wird eben nicht nur mit zweierlei Maß gemessen, sondern mit vielerlei Maß – wo ist die Grenze zur Willkür?

Fünftens nutzen unsere „Brüder im Euro“ natürlich die vorgenannten Kostensenkungen im Wettbewerb gegen Deutschland, was die Erlöse unserer Unternehmen drückt und vielleicht auch unsere Auftrags-eingänge mindert.

Sechstens nutzen unsere „Brüder im Euro“ ihre durch uns Deutsche gehärteten Währungen, um in Deutschland Unternehmen aufzukaufen. Ich glaube nicht, dass der italienische Unicredito gegen die Münchener Großbank HVB mit Lira zum Zuge gekommen wäre.¹⁶ Oder dass Sanofi gegen Hoechst mit Französischen Francs zum Zuge gekommen wäre. Das Beispiel Hoechst zeigt übrigens, worauf das hinauslaufen kann: Deutsches Know-how wird in andere Länder übertragen, die Abwicklungskosten der ausgehöhlten deutschen Betriebsstätten fallen Deutschland zur Last. Ich hoffe, dass meine Nachfolger bei Thyssen resistent und erfolgreich sind, was die deutsche UBoot-Technik anbetrifft. Umgekehrt schützt Paris französische Unternehmen massiv gegen Übernahme durch Ausländer (jüngst „Lex Renault“). Persönliche Bemerkung: Ich bleibe trotzdem frankophil, weil ich es schon immer war, wie übrigens auch anglophil. Exkurs: Als Stück aus dem Tollhaus mag sich die von der Madrider Telefonica in Angriff genommene Übernahme der englischen Telefongesellschaft O2 erweisen. Sie soll, wie mehreren deutschen Blättern dieser Tage zu entnehmen, 26 Milliarden Euro kosten und voll durch Kreditaufnahme finanziert werden. Der Zehnjahreseuro dürfte für einen Kreditnehmer wie die Telefonica für rd 4% pa zu haben sein. Genauso hoch ist aber die nationale spanische Inflation. Also nimmt Telefonica ihre Kredite zu einem Realzins von Null auf.

In conclusio ist all das eine wesentliche Ursache für die Misere der deutschen Fiskalität. Das Wirtschaftswachstum betrug – wie gesagt – im Durchschnitt der 50 DMark-Jahre rd 2,5% pa real. Jetzt ist es nur noch weniger als die Hälfte. An solche Bremsung ihrer Einnahmen-

¹⁶ Die früheren HVB-Aktionäre, die sich zum Tausch ihrer Aktien gegen Aktien des Unicredito haben überreden lassen, mögen schon heute befürchten, dass sie mit Zitronen gehandelt haben. Denn seit einigen Tagen ist die Presse voller Veröffentlichungen über das Durcheinander, das die Mailänder Führung schon jetzt in den Münchener Führungsetagen angerichtet hat, wo, vom Vorstand angefangen, das Verbleiben tüchtiger Leute fraglich geworden ist. Geht man so mit Humankapital um?

seite kann keine Fiskalität ihre Ausgabenseite angleichen, auch nicht die deutsche.

Weiter: Es ist eine Perversion des Euro-Systems, Deutschland für diese durch das System selbst hervorgerufene Benachteiligung auch noch zu bestrafen.

Ausserdem: Das Bußgeld wäre wiederum nur durch Kreditaufnahme zu finanzieren, bildete also den Grundstock für die nächstjährige Strafe.

Schließlich: Warum werden fiskalisches Defizit und Leistungsbilanzüberschuß nicht im Zusammenhang gesehen? Einem deutschen fiskalischen Defizit von $-3,5\%$ des BIP steht ein Leistungsbilanzüberschuss von $+3,5\%$ gegenüber. Spanien, das formal einen fiskalischen Überschuss von $+0,5\%$ seines BIP ausweisen kann, verschuldet sich in Höhe von $-6,6\%$ seines BIP, um seinen Importüberhang zu finanzieren. Hier stimmt doch etwas nicht in der politischen Bewertung. Oder glaubt jemand, die Spanier bekämen ein Leistungsbilanzdefizit von $-75,9$ Mrd Dollar finanziert, wenn nicht Deutschland gemeinsam mit Belgien und den Niederlanden einen Leistungsbilanzüberschuss von $+150$ Mrd Dollar erwirtschaften würde?

Facit: Das Eurosystem ist nicht, wie man uns hat glauben machen wollen, ein verlängertes DMark-System, sondern eine fundamentale Belastung für uns.

Dieses hat schon 1997 der amerikanische Oekonom und Nobelpreisträger Milton Friedman vorausgesagt:

“The relevant question is not whether the euro is economically viable - that is if the member states are willing to exercise the necessary discipline, as they did from 1870 to 1914 under the gold standard - but whether it is preferable to flexible exchange rates. Does the gain from greater discipline and lower transaction costs outweigh the loss from dispensing with an effective adjustment mechanism and having to rely entirely on price and wage changes to absorb differential impacts of economic events on the different countries?”

My considered opinion has long been that the loss outweighs the gain. The potential members of the EMU do not have sufficiently flexible

wages and prices, or sufficiently mobile workers, or a sufficiently effective fiscal compensatory mechanism, to serve as a satisfactory substitute for flexible exchange rates.

The likely result is that the euro will exacerbate political tensions by converting divergent shocks that could have been readily accommodated by exchange rate changes into divisive political issues. Political unity can pave the way for monetary unity. Monetary unity imposed under unfavorable conditions will prove a barrier to the achievement of political unity.”

Ich bin ein Mann des Welthandels. Aber diese Art von „Arbeits-
teilung“ innerhalb der Eurozone macht Deutschland zum Armenhaus
und damit zur Brutstätte neuer Radikalismen.

Wir müssen uns deshalb von gewissen Illusionen trennen. Meine
Prognose: Unsere Reform-Anstrengungen, wie sie gemäß den Thesen
von Hans-Werner Sinn in der FAZ vom 8. November zu erwarten sein
sollten, aber gemäß der insoweit übereinstimmenden deutschen Mor-
genpresse vom 9. November wohl nicht mehr zu erwarten sind, wer-
den uns zeigen, dass die deutsche Finanzmisere nicht allein an ausste-
henden Reformen in Deutschland liegt. Vielmehr werden wir er-
kennen, dass die Teilnehmer am Euro-System untereinander eine ge-
wisse Flexibilität zurückgewinnen müssen. Das System muss an den
Markt herangeführt werden. Es handelt es sich eben, wie vorstehend
nachgewiesen, um ein Kartell von 12 Einzelwährungen, und die Inter-
essen der Kartellbrüder haben sich gegenüber der Gründerzeit von
„Maastricht“ (1991/ 92) fundamental geändert.

Beispiel für eine mögliche Flexibilisierung des Eurosystems: Wer
trotz jahrelanger Zinshilfe aus dem früheren DMark-System seine
Staatsschuld immer noch oberhalb von Deutschland und/oder durch
höhere Inflation seinen Realzins niedriger als Deutschland hält, der
muss von der Deutschen Bundesbank eine entsprechende Behandlung
hinnehmen. Deshalb muss die Bundesbank von Berlin ermächtigt
werden, Euro-Noten bestimmter anderer Euro-Länder nur noch mit
einem Disagio hereinzunehmen.

Berlin darf auf Verständnis in Prag hoffen. Denn der dortige Staatspräsident Dr. Klaus steht dem Eurosystem nicht weniger kritisch gegenüber als ich.

Außerdem darf Berlin jetzt auch auf Verständnis in Warschau hoffen. Der neugewählte polnische Staatspräsident Kaczynski:¹⁷ „Ein ... Referendum über den Euro werde voraussichtlich in der zweiten Hälfte oder zum Ende seiner Amtszeit 2010 stattfinden, sagte Kaczynski gestern in Warschau. Die Wirtschaft brauche noch mehrere Jahre Zeit, begründete er sein Vorhaben. Gleichzeitig wies Kaczynski Berichte zurück, er sei EU-skeptisch. Er sei ein Verfechter der Zugehörigkeit Polens zur EU. Er sei jedoch gegen das europäische Verfassungsprojekt.“

Allerdings sollten die Bürger verstehen, dass der Griff der Großkoalitionäre nach dem Währungsgold¹⁸ zwecks Finanzierung der deutschen Innenpolitik ein Schwächezeichen ist, das man selbst an der Weimarer Republik nicht beobachten musste. Diese hielt sich zwecks Stärkung ihrer Reichsmark sogar bis Mitte 1931 – zwei Jahre nach Ausbruch der damaligen Weltwirtschaftskrise – an den Goldstandard. Im Bundesbankbericht „Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876 – 1975“ steht auf Seite 301 zu lesen: „Das einjährige Reparationsmoratorium („Hooverjahr“), Devisenzwangswirtschaft und Stillhalteabkommen beseitigten die durch die Goldverluste drohenden Gefahren.“

Napoléon sagte: „Les Autrichiens sont toujours court – d’une armée, d’une idée, d’une année.“ Das wiederholt sich heute, aber nicht bei den Österreichern. Goethe (in Hermann und Dorothea): „Denn der Mensch, der zur schwankenden Zeit auch schwankend gesinnt ist, der vermehret das Übel und breitet es weiter und weiter.“ Armes Berlin.

¹⁷ SPIEGEL vom 25. Oktober 2005

¹⁸ FAZ vom 12. November 2005: „Unabhängig davon wurde die Möglichkeit erwogen, die Goldreserven der Bundesbank zu nutzen. Wenn diese sich entschlöße, Gold zu verkaufen, könne der Erlös in einen Fonds zur Förderung von Forschung und Entwicklung fließen, den die Bundesbank selbst verwalten könne. Die zusätzlichen Mittel wurden auf 20 bis 30 Millionen Euro geschätzt. Bei der Union hieß es, die Bundesbank habe dazu Zustimmung signalisiert, in Kreisen der SPD zeigte man sich indes noch skeptisch.“

Die Süddeutsche Zeitung bringt dieser Tage einen höchst lesenswerten Artikel von Gerhard Matzig „Formen des Zorns.“ Er befasst sich mit der aktuellen exzessiven Gewalt in französischen Vorstädten und zitiert den britischen Schriftsteller Julien Green: „Welcher junge Architekt wird uns eine Stadt der Zukunft geben, eine Stadt, die ebenso verführerisch auf die Generation der Zukunft wirken wird, wie das aus Jahrhunderten entstandene Paris uns zu bezaubern vermochte? Ist es zu viel, von einem Visionär zu träumen, der ein Poet des Raumes wäre?“ „Städte der Zukunft,“ so schließt Matzig, „sind in Paris und Umgebung zu besichtigen. Sie gehen gerade in Rauch auf.“

Als Währung der Zukunft wurde und wird der Euro von gewissen Interessenten gepriesen. Aber: Sind die Deutschen vom Euro bezaubert? „Die deutschen Eliten haben sich innerlich vom störrischen Volk verabschiedet“ und „Die Eliten beginnen innerlich das Land zu verlassen“ – so Alexander Gauland in der FAZ vom 6. November 2005. Wohl wahr. Gehören unsere Politiker nun zu den „deutschen Eliten“ oder zum „störrischen Volk?“